

POLIZEI Kommunalaufsicht TV-H CYBERSICHERHEIT
Dienstrecht Tarifvertrag BEAMTER BEAMTIN Verfassungsschutz Asylverfahren
Sicherheit Katastrophenschutz FEUERWEHR Glücksspielwesen
Partizipation Wahlrecht SPORT Kommunales EHRENAMT
FÖRDERPROGRAMME Einwanderungsrecht



HEIKE HOFMANN, MdL

*Landtagsvizepräsidentin
Vorsitzende des
Arbeitskreises Innen*

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die vergangenen Monate waren in der hessischen Innenpolitik von sehr unterschiedlichen Themen geprägt: das wiederholte Aufkommen rechtsextremer Verdachtsfälle bei der hessischen Polizei, das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zur Verfassungswidrigkeit der Beamtenbesoldung, die parlamentarische Debatte zur Einführung eines aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen oder die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine und dessen Auswirkungen vor Ort in Hessen demonstrieren die thematische Breite und Vielfalt im Innenbereich.

Als Arbeitskreis Innenpolitik sowie als SPD-Landtagsfraktion ist dabei für uns klar: Diese wichtigen Themenfelder müssen mit Engagement, Sachverstand und Weitblick adressiert werden – genau das, was durch Innenminister Peter Beuth und die schwarzgrüne Landesregierung in Hessen schon seit geraumer Zeit sträflich unterlassen wird. Hier setzen wir an und möchten Ihnen mit diesem Newsletter einen regelmäßigen Einblick über unsere Aktivitäten im Innenbereich vermitteln.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare.

Herzliche Grüße

Heike Hofmann

SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER
NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN
UND MÖCHTEN IHN KÜNFTIG
DIREKT BEZIEHEN?
SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE
KURZE [E-MAIL](#).

» VERFASSUNGSBRUCH BEENDEN, BEAMTENBESOLDUNG ANPASSEN

Am 30. November 2021 hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof per Beschluss festgestellt, dass die Besoldungspraxis in Hessen seit mindestens 2016 verfassungswidrig gewesen ist und somit eine Unteralimentierung bis zu den Besoldungsgruppen A 10 bzw. A 11 fortbestanden hat. Obgleich die tatsächliche Verfassungswidrigkeit formal und in letzter Instanz nur durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt werden kann ist die Hessische Landesregierung aufgerufen, zeitnah eine verfassungskonforme Ausgestaltung der Beamtenbesoldung vorzunehmen.

Dieser Verantwortung für die hessischen Beamtinnen und Beamten entziehen sich die Landesregierung und insbesondere Innenminister Peter Beuth nunmehr seit Monaten und verweisen auf das ausstehende Urteil aus Karlsruhe. Gleichzeitig ist die Landesregierung geradezu sehenden Auges in diese Situation geraten: das Verfahren war bereits lange beim VGH anhängig, die einschlägige Rechtsprechung bekannt. Ungeachtet dessen hat die Landesregierung keinerlei Vorkehrungen getroffen, die zu erwartenden finanziellen Mehrbelastungen von wohl mehreren Milliarden Euro abzufedern und entsprechende Rücklagen in den Landeshaushalt einzustellen. Dies zeigt die Geringschätzung von Schwarzgrün sowohl gegenüber den Belangen der hessischen Beamtinnen und Beamten wie auch gegenüber dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof.

Die SPD im Hessischen Landtag hat diesbezüglich bereits mehrere parlamentarische Initiativen auf den Weg gebracht und verfolgt die weiteren Entwicklungen im Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Interessenverbänden aufmerksam.

» WAHLALTER AB 16 JAHREN - NUR MIT DER SPD GIBT ES MEHR BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN

Mit ihrem Gesetzesentwurf für die Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen beabsichtigt die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, die Partizipationsmöglichkeit von jungen Menschen in Hessen nachhaltig zu verbessern und ihnen vor Ort mehr Mitsprache und Beteiligung am politischen Prozess zu ermöglichen.

In bereits elf deutschen Bundesländern besteht das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen bereits, weitere Bundesländer sehen dies zudem auch bei Landtagswahlen vor.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wurde eine umfangreiche Anhörung durchgeführt, in der sich sowohl Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch die kommunalen Spitzenverbände sowie insbesondere die Jugendverbände weit überwiegend positiv zur Initiative der SPD geäußert haben.



Insgesamt gebe es keine Anhaltspunkte, die beweisen, dass junge Menschen politisch weniger interessiert oder informiert wären – im Gegenteil könnte ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen insbesondere die frühzeitige Bindung an demokratische Abstimmungsverfahren stärken.



Dieses Vorhaben wird aber von Schwarzgrün in Hessen abgelehnt – insbesondere die Grünen verhalten sich aus Gründen des Koalitionsfriedens hierbei in völligem Widerspruch zu ihrem Parteiprogramm auf Bundesebene.

Die SPD-Landtagsfraktion wird sich für die aktive Beteiligung junger Menschen in Hessen einsetzen, mittelfristig auch durch die Einführung des aktiven Wahlrechts auf Landesebene.

» GESETZESINITIATIVE: VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF VERBESSERN

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentraler Baustein einer sich verändernden und modernisierenden Arbeitswelt. Neben den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst gilt dies in gleichem Maße für die Beamtinnen und Beamten in Hessen. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzesentwurf zur verbesserten Teilzeitbeschäftigung von Landesbeamtinnen und Landesbeamten unterbreitet, in dessen Rahmen insbesondere die Möglichkeiten des mobilen und flexiblen Arbeitens gestärkt werden sollte.

Entgegen ihrem ursprünglichen Vorschlag, die Mindestwochenstunden auf weniger als die bisher geltenden 15 Stunden abzusenken, wurde dies durch die SPD im Lichte der Anhörungen sowie der parlamentarischen Diskussionen im Zuge eines Änderungsantrags neu aufgenommen – aber auch durch dieses Entgegenkommen im Interesse der hessischen Beamtinnen und Beamten konnte die schwarzgrüne Landesregierung nicht von ihrer Blockadehaltung abgebracht werden: Anstatt den Landesbeamtinnen und Landesbeamten – gerade im Kontext von Familienarbeit – mehr Freiheit und Flexibilität einzuräumen, beharrt die Koalition auf arbeitspolitischen Maßnahmen aus der Mottenkiste.



» RECHTSEXTREME UMTRIEBE UND MOBBING-CHATS IN DER POLIZEI

Zum wiederholten Mal sind mutmaßlich rechts-extreme Umtriebe und Mobbingvorwürfe im Zusammenhang mit geschlossenen Chatgruppen bei der hessischen Polizei aufgetreten. Bei den im Polizeipräsidium Südhessen handelt es sich nach Aussagen des hessischen Innenministers, Peter Beuth, demnach in erster Linie um strafrechtlich relevante Vorkommnisse im Zusammenhang mit Mobbing-Vorwürfen innerhalb der Dienststelle sowie u.a. über den Vorwurf der Körperverletzung im Rahmen einer Ausbildungsübung. Sämtliche in Frage

stehenden Vorfälle, so der Minister im Innenausschuss, werden weiterhin von der Staatsanwaltschaft Darmstadt untersucht; durch das Polizeipräsidium wurden zudem dienstrechtliche Maßnahmen gegen die betroffenen Polizeibeamtinnen- und Polizeibeamten ergriffen.

Neben der rechtlichen Aufarbeitung ist insbesondere der Umgang des Innenministers mit den Vorfällen skandalös: Entgegen der wiederholt versprochenen Transparenzoffensive in der hessischen Polizei sowie der Etablierung einer neuen „Fehler- und Führungskultur“ hat der Innenminister erneut erst dann von Fehlentwicklungen berichtet, als dies nicht mehr zu verhindern war – die SPD-Landtagsfraktion stellt sich unter einer verantwortungsvollen Führung der hessischen Polizei etwas Anderes vor.

» NEUE HERAUSFORDERUNGEN ER-FORDERN STÄRKUNG DES ZIVIL- UND KATASTROPHENSCHUTZES

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat in den Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz eine „sicherheitspolitische Zeitenwende“ eingeläutet. Dies erstreckt sich neben Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik ebenfalls auf die Resilienz und Fähigkeiten des inländischen Zivil- und Katastrophenschutzes.

Zu diesem Anlass hat die SPD-Fraktion im Innenausschuss des Hessischen Landtag einen umfangreichen Berichts Antrag eingebracht, um in Erfahrung zu bringen, wie es um die vorhandenen Ressourcen und Infrastrukturen in Hessen steht. Neben Fragen wie der Vorhaltung von Gütern des Katastrophenschutzes ging es hierbei insbesondere um die Widerstandsfähigkeit von kritischer Infrastruktur in Hessen, beispielsweise in der Energie- oder Wasserversorgung.

In Anbetracht einer sich weiterhin verändernden Sicherheitslage in Europa und darüber hinaus wird sich die SPD-Landtagsfraktion in den kommenden Wochen und Monaten weiter intensiv mit möglichen Handlungsoptionen befassen und diesbezüglich – in Anlehnung an das kürzlich in Niedersachsen initiierte Gesetz zur Reform des Zivil- und Katastrophenschutzes – konstruktive Vorschläge unterbreiten, um dessen Resilienz für Hessen weiter zu verstärken.



POLIZEI Kommunalaufsicht TV-H CYBERSICHERHEIT
Dienstrecht Tarifvertrag BEAMTER BEAMTIN Verfassungsschutz Asylverfahren
Sicherheit Katastrophenschutz FEUERWEHR Glücksspielwesen
Partizipation Wahlrecht SPORT Kommunales EHRENAMT
FÖRDERPROGRAMME Einwanderungsrecht

JUNI 2022

KONTAKT ZU UNS



HEIKE HOFMANN

Arbeitskreisvorsitzende
Kontakt: h.hofmann@ltg.hessen.de



TOBIAS ECKERT

Kontakt: t.eckert@ltg.hessen.de



KARIN HARTMANN

Kontakt: k.hartmann@ltg.hessen.de



RÜDIGER HOLSCHUH

Kontakt: r.holschuh@ltg.hessen.de



OLIVER ULLOTH

Kontakt: o.ulloth@ltg.hessen.de

INITIATIVEN

Im Folgenden haben wir Ihnen wichtige parlamentarischen Initiativen der SPD-Landtagsfraktion zu innenpolitischen Themen zusammengestellt:

- **Drucksache 20/6347** – Gesetzentwurf – Gesetz zur Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 bei Kommunalwahlen
- **Drucksache 20/6913** – Berichts Antrag – Bundesweite Störung von Notrufnummern – Konsequenzen für Hessen
- **Drucksache 20/8328** – Dringlicher Berichts Antrag - Rechtsextreme Chatgruppen im Polizeipräsidium Südhessen
- **Drucksache 20/8189** – Dringlicher Antrag - Verfassungswidrige Unteralimentierung von hessischen Beamtinnen und Beamten beenden
- **Drucksache 20/7068** – Dringlicher Berichts Antrag - Konsequentes Einschreiten gegen rechte Vereinnahmung sogenannter Corona- „Spaziergänge“
- **Drucksache 20/8050** – Dringlicher Berichts Antrag - Resilienz des Zivil- und Katastrophenschutzes in Hessen
- **Drucksache 20/6031** – Gesetzentwurf – Gesetz zur Erleichterung der Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen
- **Drucksache 20/8594** – Berichts Antrag - Erreichbarkeit der Polizei in Hessen
- **Drucksache 20/8612** – Berichts Antrag – Situation der Hessischen Bezügestelle (HBS) Kassel



Die Zuarbeit für den Arbeitskreis Innen erfolgt im Parlamentsreferat II – Innen & Recht

Parlamentarischer Referent:
Raphael Oidtmann
Telefon: +49 (0) 611 350 508
E-Mail: r.oidtmann@ltg.hessen.de



Sachbearbeitung:
Andrea Benker
Telefon: +49 (0) 611 350 517
E-Mail: a.benker@ltg.hessen.de

